ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Söllner, Fritz

Article

»It's the Economy, Stupid!«- Bemerkungen zum Abschneiden der AfD bei der Bundestagswahl 2017

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Söllner, Fritz (2017) : »It's the Economy, Stupid!«- Bemerkungen zum Abschneiden der AfD bei der Bundestagswahl 2017, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 70, Iss. 22, pp. 21-24

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/175127

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

*Fritz Söllner**

»It's the Economy, Stupid!«

Bemerkungen zum Abschneiden der AfD bei der Bundestagswahl 2017

Die auffälligen Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern beim Stimmenanteil der AfD sind einer ökonomischen Erklärung zugänglich. Diese beruht auf den zu erwartenden negativen Verteilungswirkungen der Flüchtlingskrise und stellt einen Zusammenhang zwischen ökonomischem Eigeninteresse, Einstellung zur Flüchtlingspolitik und Wahlverhalten her.

DEUTLICHE UNTERSCHIEDE BEIM WAHLVERHALTEN ZWISCHEN ALTEN UND NEUEN BUNDESLÄNDERN

Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 24. September 2017 war, was die AfD angeht, in zweierlei Hinsicht bemerkenswert: Zum einen schaffte diese Partei mit einem Zweitstimmenanteil von 12,6% überraschend klar den erstmaligen Einzug in den deutschen Bundestag. Zum anderen konnte die AfD in den neuen Bundesländern mit durchschnittlich 21,6% deutlich mehr Wähler von sich überzeugen als in den alten Bundesländern (einschließlich Berlin) mit durchschnittlich 11,1% (Bundeswahlleiter 2017). Gerade dem letztgenannten Phänomen wurde im Nachgang der Bundestagswahl sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt, und in vielen Leitartikeln, Kommentaren und politischen Analysen wurden Erklärungen für den beobachteten Unterschied zwischen dem Wahlverhalten der Westdeutschen und dem der Ostdeutschen angeboten – Erklärungen, die in den meisten Fällen auf eine mehr oder weniger deutliche Kritik an den Wählern der AfD in den neuen Bundesländern hinausliefen: Sie hätten aufgrund der geringen Erfahrungen im Zusammenleben mit Menschen anderer Nationalität oder anderer Kulturkreise Vorurteile oder sogar latent fremdenfeindliche oder rassistische Einstellungen; sie seien zum Teil noch von den Demütigungen und Enttäuschungen der Wende- und Nachwendezeit geprägt; sie wären leicht verführbar und politisch unreif; oder sie hätten einen gewissen Hang zu einem autoritären Politikstil.[1]

Im Gegensatz dazu soll im Folgenden eine ökonomische Erklärung unternommen werden – wie dies schon in der Verwendung des Zitats aus Bill Clintons Präsidentschaftswahlkampf von 1992 in der Überschrift dieses Beitrags zum Ausdruck kommt. Diese Erklärung sieht das Wahlverhalten als Ergebnis der Verfolgung ökonomischer Interessen an und beruht auf drei Prämissen: der Rolle der AfD in der bundesdeutschen Politik, den Verteilungswirkungen der Flüchtlingskrise und der – für Ökonomen selbstverständlichen – Annahme, dass sich Wähler bei Meinungsbildung und Wahlentscheidung von ihrem Eigeninteresse leiten lassen.

DIE ROLLE DER AFD IN DER BUNDESDEUTSCHEN POLITIK

Die AfD ist im Wesentlichen eine Ein-Themen-Partei: Sie wirbt praktisch ausschließlich mit ihrer Kritik an der aktuellen Flüchtlingspolitik und ihrer Forderung nach einem wesentlich rigideren Kurs im Umgang mit Flüchtlingen um Wähler. Ihr Parteiprogramm enthält zwar noch andere Positionen, doch scheinen diese vom Wähler überhaupt nicht wahrgenommen zu werden oder zumindest für ihn keine Rolle zu spielen. So fällt es schwer, sich einen Wähler vorzustellen, der die flüchtlingspolitischen Positionen der AfD ablehnt, aber die Partei trotzdem, nämlich wegen z.B. ihrer umwelt- oder finanzpolitischen Standpunkte, wählt. Man wird also davon ausgehen können, dass – was immer sonst noch Wähler der AfD mit ihrer Stimme für diese Partei zum Ausdruck bringen möchten – eine Stimme für die AfD immer auch eine Stimme gegen die aktuelle oder überhaupt jegliche liberale Flüchtlingspolitik ist.

Umgekehrt gilt auch, dass entschiedene Kritiker einer solchen Politik ihre Meinung am ehesten durch die Wahl der AfD kundtun können, da sich die Positionen der anderen Parteien in dieser – aber auch in vieler anderer – Hinsicht sehr ähnlich sind, dieselben also keine wirkliche »Alternative« zu bieten scheinen (vgl. Dorn et al. 2017, S. 28–29).

* Prof. Dr. Fritz Söllner ist Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft an der Technischen Universität Ilmenau.

[1] Anstelle vieler vgl. z.B.: *Bild* (2017), *Hamburger Abendblatt* (2017), *Süddeutsche Zeitung* (2017) und *Tagesspiegel* (2017).

DIE VERTEILUNGSWIRKUNGEN DER FLÜCHTLINGSKRISE

Wie an anderer Stelle ausführlich dargelegt (vgl. Söllner 2017), hat die aktuelle Flüchtlingskrise ausgeprägte negative Verteilungswirkungen. Dabei spielen die unmittelbaren Kosten für Unterbringung, Versorgung und Integration mitnichten die entscheidende Rolle. Vielmehr sind es vor allem die Folgewirkungen, die mit der Integration in den Arbeits- und Wohnungsmarkt auftreten, die als problematisch anzusehen sind.

Erstens wird der Zuzug hunderttausender nicht oder nur sehr gering qualifizierter Flüchtlinge zu einem steigenden Angebot schlecht qualifizierter Arbeitskräfte und folglich zu einem Druck auf die Löhne in den entsprechenden Sektoren des Arbeitsmarkts führen. Insofern Löhne über Mindestlohnniveau gezahlt werden, muss mit einer (absoluten oder relativen) Senkung derselben gerechnet werden. Beim Mindestlohn besteht die Gefahr, dass er durch weniger strikte Überwachung und Durchsetzung sowie Ausnahmeregelungen für Flüchtlinge ausgehöhlt wird.[2]

Zweitens wird es zu Verdrängungseffekten bei der Vergabe von Sozialwohnungen und zu Mietpreissteigerungen von einfachem, preiswertem Wohnraum kommen – worunter die einheimischen Geringverdiener zu leiden haben werden.

Drittens werden Überfüllungsexternalitäten im Schulsektor auftreten: Insoweit die Klassen größer werden und der Anteil nicht (gut) deutsch sprechender Schüler steigt, verschlechtern sich die Lernbedingungen, wovon vor allem Grund-, Haupt- und Mittelschulen in den Gebieten bzw. Stadtteilen betroffen sein werden, in denen sich die Flüchtlinge hauptsächlich ansiedeln werden – also Gebiete und Stadtteile mit einfachen, kleinen und billigen Wohnungen, in denen auch die Teile der einheimischen Bevölkerung leben, die niedrige Einkommen beziehen und auf deren Kinder die genannten Probleme zukommen werden.

Langfristig wird es noch zu weiteren Verteilungseffekten kommen: Die Flüchtlinge werden die schon bestehende fiskalische Nachhaltigkeitslücke weiter dadurch vergrößern, dass sie deutlich mehr Kosten, insbesondere was Sozialleistungen angeht, verursachen, als sie Steuern und Sozialabgaben generieren werden. Welcher Art die Verteilungseffekte sein werden, hängt davon ab, auf welche Art und Weise die Nachhaltigkeitslücke schließlich geschlossen werden wird.[3]

Ungeachtet dieser Unsicherheit lässt sich jedoch festhalten, dass der Flüchtlingszuzug kurz- und mittelfristig zu einer Verschlechterung der sozioökonomischen Situation der schlecht qualifizierten bzw. gering verdienenden Schichten der einheimischen Bevölkerung führen wird. Demgegenüber würden sowohl Kapitaleigentümer bzw. Unternehmer als auch gut qualifizierte, hoch bezahlte Beschäftigte profitieren – erstere, da sich mit Zunahme des Arbeitskräfteangebots die Position des Faktors Kapital gegenüber dem Faktor Arbeit verbessert; letztere, weil sie nicht in einem Substitutions-, sondern einem Komplementaritätsverhältnis zu den Flüchtlingen stehen. Die Ungleichheit der Einkommensverteilung wird zunehmen – und zwar umso mehr, je besser die Integration der Flüchtlinge gelingt, also je mehr Flüchtlinge nicht mehr nur auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, sondern als Anbieter auf dem Arbeitsmarkt und als Nachfrager auf dem Wohnungsmarkt auftreten. Insofern kann man durchaus von einem Dilemma der Integration sprechen.

DER EINFLUSS DES EIGENINTERESSES AUF DIE EINSTELLUNG ZUR FLÜCHTLINGSPOLITIK

Aus ökonomischer Sicht ist zu erwarten, dass der Zuzug von Flüchtlingen umso stärker abgelehnt wird, je größere persönliche Nachteile man sich davon erwartet (vgl. Söllner 1999). In der Tat wurde dieser Zusammenhang eindeutig nachgewiesen: »[T]here is a strong positive relationship between the expected impact of immigration and how much immigration is preferred« (Hansen und Legge 2016, S. 8). Wenig überraschend ist deshalb, dass zu den Befürwortern einer liberalen, toleranten Flüchtlingspolitik vor allem diejenigen gehören, die nicht nur keine Nachteile zu gewärtigen haben, sondern sogar davon zu profitieren vermögen: Kapitaleigner und die gut qualifizierten Bezieher höherer Einkommen. Genauso wenig kann es überraschen, dass die Leidtragenden einer solchen Politik, Geringqualifizierte und Niedrigverdiener, dieselbe überwiegend ablehnen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2015, S. 11–12; Karakayali und Kleist 2015, S. 17–18). Von daher scheint sowohl die Einstellung der Befürworter einer Willkommenskultur als die der Kritiker einer solchen durch das jeweilige Eigeninteresse bzw. die jeweilige persönliche Betroffenheit (mit) bedingt zu sein.[4] Damit soll selbstverständlich nicht bestritten werden, dass es nicht auch genuin fremdenfeindliche bzw. humanitäre Motive gäbe.

KONSEQUENZEN FÜR DIE WAHLENTSCHEIDUNG

Es ist davon auszugehen, dass sich die unterschiedlichen Einstellungen zur Flüchtlingspolitik auch in den Wahlentscheidungen der Bürger niederschlagen.[5]

[2] Ausnahmen für Praktika und Berufseinstiegsqualifizierungen existieren bereits.

[3] Wenn z.B. auf steigende Defizite des Systems der sozialen Sicherung mit einer Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge reagiert werden sollte, würden davon aufgrund der Beitragsbemessungsgrenzen die Niedrigverdiener überproportional stark betroffen werden.

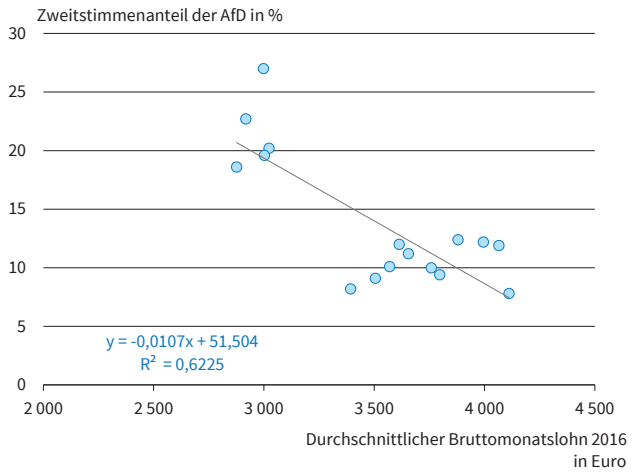
[4] Eine solche Erklärung ist nicht nur aus ökonomischer Sicht sehr plausibel, sie ist auch überzeugender als die alternative Erklärung, wonach Menschen mit geringerer Bildung und niedrigerem Einkommen per se intoleranter, inhumaner und xenophober als ihre besser situierten Zeitgenossen seien.

[5] Die ökonomische Rationalität der Teilnahme an einer politischen Wahl soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Auch wenn, wovon auszugehen ist, dem einzelnen Wähler durchaus klar ist, dass seine Stimme den Wahlausgang nicht beeinflussen wird, eine instrumentell motivierte Wahl also irrational wäre, kann die Stimmabgabe mit der Theorie des expressiven Wählens ökonomisch erklärt werden – insbesondere im Fall solch grundsätzlicher und hochpolitischer Fra-

Das heißt insbesondere, dass die Zustimmung zur AfD umso höher sein dürfte, je kritischer die aktuelle Flüchtlingspolitik gesehen wird. Da andererseits diese Einstellung wesentlich davon abhängt, ob und in welchem Ausmaß man für die eigene sozioökonomische Position vom Zuzug der Flüchtlinge Nachteile bzw. Vorteile erwartet, lässt sich eine einfache Schlussfolgerung ziehen: Je niedriger die Qualifikation und je niedriger das Einkommen, desto eher wird die AfD gewählt. Folglich wird diese Partei in einem Bundesland umso besser abschneiden, je geringer das jeweilige Einkommensniveau ist. Dabei wäre noch zwischen Arbeitseinkommen und Vermögenseinkommen zu differenzieren: Je niedriger ersteres ist, desto höher ist die Betroffenheit vom zu erwartenden Lohndruck im Niedriglohnsegment; und je niedriger letzteres ist, in desto geringerem Ausmaß fallen die für den Faktor Kapital zu gewärtigenden Vorteile in dem betreffenden Bundesland an. Da sowohl das durchschnittliche Arbeitseinkommen als auch das durchschnittliche Vermögenseinkommen in den neuen Bundesländern signifikant niedriger als in den alten Bundesländern ist, lässt sich der große Unterschied im Wahlergebnis der AfD zwischen neuen und alten Bundesländern auf diese Weise ökonomisch gut erklären.

Abb. 1

Zweitstimmenanteil der AfD und durchschnittlicher Bruttomonatslohn



Quelle: Bundeswahlleiter (2017); Statistisches Bundesamt (2017).

© ifo Institut

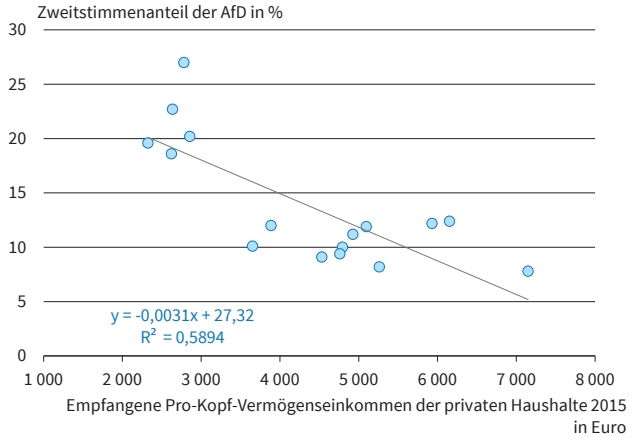
WAHLVERHALTEN UND EINKOMMEN: DIE EMPIRIE

Vergleicht man den Zweitstimmenanteil der AfD zum einen mit dem durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst (2016) und zum anderen mit dem durchschnittlichen Vermögenseinkommen (2015), so ergeben sich die in Abbildung 1 und Abbildung 2 dargestellten Beziehungen.[6] Selbstverständlich handelt es sich dabei lediglich um Korrelationen, die als solche keine unmittelbaren kausalen Aussagen erlauben. Dass eine Kausalbeziehung besteht, kann nicht statistisch, sondern muss auf der Grundlage der oben angestellten Überlegungen begründet werden.[7] Die Tatsache, dass diese und die beiden Korrelationen gut miteinander vereinbar sind, spricht dafür, dass die vorgeschlagene ökonomische Erklärung durchaus zuzutreffen scheint – zumindest zum Teil.

Die Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern hinsichtlich der Einkommensverhältnisse spiegeln sich in den Wahlergebnissen recht deutlich wider: In beiden Abbildungen liegen die fünf neuen Bundesländer im linken, oberen Bereich (niedrige Einkommen, hohe Zweitstimmenanteile für die AfD) und damit deutlich getrennt von den alten Bundesländern (hohe Einkommen, niedrige Zweitstimmenanteile für die AfD). Allerdings zeigt sich auch, dass offensichtlich auch andere Faktoren eine Rolle spielen, da der behauptete Zusammenhang innerhalb der Gruppe der alten und innerhalb der Gruppe der neuen Bundesländer kaum nachzuvollziehen ist.

Abb. 2

Zweitstimmenanteil der AfD und durchschnittliches Vermögenseinkommen



Quelle: Berechnungen des Autors auf der Grundlage von Bundeswahlleiter (2017) und Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (2017).

© ifo Institut

gen wie der nach der richtigen Flüchtlingspolitik (vgl. dazu Mueller 2003, S. 303–332).

[6] Für Bruttomonatsverdienst und Vermögenseinkommen liegen leider keine aktuelleren Zahlen vor; zwischen 2015 bzw. 2016 und dem Wahljahr dürften sich jedoch kaum gravierende Änderungen ergeben haben.

[7] Im Übrigen ist offensichtlich, dass es nur eine Richtung einer möglichen Kausalität geben kann: vom Einkommen zur Wahlentscheidung. Die Alternative, dass nämlich die Wahl der AfD für ein geringes Einkommen ursächlich sei, kann nicht ernsthaft in Betracht gezogen werden.

Dennoch ist auf jeden Fall der Schluss erlaubt, dass die angebliche Ost-West-Dichotomie hinsichtlich der AfD-Ergebnisse nur eine scheinbare ist und vielmehr eine Dichotomie zwischen niedrigen und hohen Einkommen besteht.

Dieser Schluss wird auch dadurch gestützt, dass sich auf regionaler und lokaler Ebene ähnliche Tendenzen manifestieren. Erwähnt sei das Beispiel des Wählerverhaltens der Stadt Bayreuth (Stadt Bayreuth 2017): Während in Villenvierteln die AfD im einstelligen Bereich blieb (z.B. Seulbitz: 9,5%; Grüner Hügel: 8,0%), erzielte sie in »einfacheren« Stadtteilen Ergebnisse, die fast auf sächsischem Niveau liegen (z.B. Altstadt: 20,1%; Neue Heimat: 22,8%). Eine genauere Analyse der Wahlergebnisse andernorts dürfte dieses Bild bestätigen, da Bayreuth mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kein Einzelfall sein wird.[8]

DIE ÖKONOMIE ALS BEITRAG ZUR VERSACHLICHUNG DER FLÜCHTLINGSDEBATTE

Die um die Flüchtlingspolitik geführte Debatte in Deutschland zeichnet sich durch eine große Emotionalität und Aggressivität aus. Apologeten einer Willkommenskultur diffamieren die Kritiker derselben als Ausländerfeinde oder Rassisten, während diese ihrerseits jene als naiv, realitätsfremd oder unpatriotisch beschimpfen. Wenn erkannt und anerkannt werden würde, dass beide Seiten (auch) ihre eigenen ökonomischen Interessen im Blick haben und deshalb keine Seite per se der anderen moralisch überlegen ist, könnte die dringend notwendige Debatte um eine rationale Flüchtlings- und Migrationspolitik endlich versachlicht und vorurteilsfrei geführt werden.

[8] Die große Beliebtheit der AfD bei Wählern mit niedrigen Einkommen wurde bereits von anderer Seite konstatiert (vgl. z.B. *Spiegel* 2017), allerdings nicht näher diskutiert bzw. hinterfragt.

LITERATUR

Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2017), *Entstehung, Verteilung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2016*, Tabellen 5.1.5 und 6.7, verfügbar unter: http://www.vgrdl.de/VGRdL/tbls/R0B0.jsp?rev=RV2014&tbl=R1B5.

Bertelsmann Stiftung (2015), *Willkommenskultur in Deutschland: Entwicklungen und Herausforderungen*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Bild (2017), »Warum so viele ostdeutsche Männer AfD gewählt haben«, 25. September, verfügbar unter: http://www.bild.de/politik/inland/bundestagswahl2017/das-sagen-forscher-zu-den-ergebnissen-53327328.bild.html.

Bundeswahlleiter (2017), »Bundestagswahl 2017 – Ergebnisse«, verfügbar unter: https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse.html.

Dorn F., St. Gäbler, B. Kauder, M. Krause, L. Lorenz, N. Potrafke und A. van Roessel (2017), »Demokratische Vielfalt in Deutschland – unterscheiden sich die Volksparteien noch?«, *ifo Schnelldienst* 70(20), 28–35.

Hamburger Abendblatt (2017), »Warum so viele Männer in Ostdeutschland die AfD wählten«, 25. September, verfügbar unter: https://www.abendblatt.de/politik/article212041937/Warum-so-viele-Maenner-in-Ostdeutschland-die-AfD-waehlten.html.

Hansen, O.-P.M. und S. Legge (2016), »Drawbridges Down: Altruism and Immigration Preferences«, CESifo Working Paper 6204.

Karakayali, S. und J.O. Kleist (2015), *Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland,* Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung, Berlin.

Mueller, D.C. (2003), *Public Choice* III*,* Cambridge University Press, Cambridge.

Söllner, F. (1999), »A Note on the Political Economy of Immigration«, *Public Choice* 100, 245–251.

Söllner, F. (2017), »Das Dilemma der Integration – die Flüchtlingskrise und ihre Verteilungswirkungen«, *List Forum* 43, DOI 10.1007/s41025-017-0071-9.

Spiegel (2017), »Kaum Ausländer in den AfD-Hochburgen – Union besonders auf dem Land beliebt«, 26. September, verfügbar unter: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestagswahl-2017-kaum-auslaender-in-afd-hochburgen-a-1169727.html.

Stadt Bayreuth (2017), »Bundestagswahl 2017 vom 24.9.2017 – Kreisfreie Stadt Bayreuth«, verfügbar unter: http://online-dienste.bayreuth.de/wahlen/Bundestagswahlen/2017/462000_000069/2374620000000.html?Landkreis=2374620000000.html.

Statistisches Bundesamt (2017), »Bruttomonatsverdienste«, verfügbar unter: http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb22_jahrtab63.asp.

Süddeutsche Zeitung (2017), »AfD ist stärkste Partei in Sachsen – mit hauchdünnem Vorsprung«, 25. September, verfügbar unter: http://www.sueddeutsche.de/politik/bundestagswahl-afd-ist-staerkste-partei-in-sachsen-mit-hauchduennem-vorsprung-1.3681578.

Tagesspiegel (2017), »Vier Thesen zum AfD-Erfolg in Ostdeutschland«, 27. September, verfügbar unter: http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-der-bundestagswahl-vier-thesen-zum-afd-erfolg-in-ostdeutschland/20381742.html.